

Viele Lehrer werden an ihrer Arbeit gehindert

Interview von Lisa Nimmervoll imStandard, Wien, 22. Mai 2018

Vor fast zwanzig Jahren, 1999, unterzeichneten in der italienischen Stadt Bologna 29 europäische Bildungsminister eine Erklärung, deren Ziel ein "europäischer Hochschulraum" war. Studierende, Lehrende und Forschende sollten dank vergleichbarer Studienangebote mobiler, das Studium internationaler, kürzer und arbeitsmarktfähiger werden. Das "Bologna-System" war geboren. Mittlerweile haben sich 48 europäische Länder dem an sich freiwilligen Übereinkommen angeschlossen. Sie müssen unter anderem ihre Studienangebote auf das dreistufige System mit Bachelor, Master und Doktor/PhD samt der "Währung" ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System), mit der Studienleistungen in Form von Punkten verrechnet werden, umstellen.

Eine scharfe Kritikerin des Bologna-Systems ist die deutsche Bildungsforscherin Ursula Frost. Hier erklärt sie, was Sie an Bologna stört und welche Auswirkungen dieses Studienregime auf das, was Bildung eigentlich meint, hat. Frost referiert am 30. Mai (17 Uhr, Hörsaal 3D, NIG, Universitätsstraße 7) im Rahmen der von Konrad Paul Liessmann in Kooperation mit dem Standard organisierten Vortragsreihe "Fachdidaktik kontrovers" in Wien über "Enteignung und Verschuldung als schulisches und didaktisches Prinzip".

STANDARD: Sie haben im Zuge einer Reform des Lehrerausbildungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen ein "Aussetzen des Bologna-Prozesses" gefordert. Warum?

Frost: Es gibt gute Gründe, das Bologna-Modell zu revidieren. Es hat keines seiner Ziele, wie klare und vergleichbare Studiengänge, Erhöhung der Mobilität, Verringerung der Studienabbrecherzahl, erreicht, eher das Gegenteil ist der Fall. Auch eine bessere Abnahme der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt konnte nicht nachgewiesen werden. Das Bologna-Modell ist also gemessen an seinen eigenen Zielen gescheitert. Dazu kommt: Der sogenannte Bologna-Prozess wurde nie demokratisch eingeführt und diskutiert, sondern top-down installiert, von oben verordnet. Er ist rechtlich fragwürdig, weil er das Harmonisierungsverbot der EU missachtet. Und überdies gibt es kein überzeugendes theoretisches pädagogisches Fundament.

Das ganze Interview im Standard: [Viele Lehrer werden an ihrer Arbeit gehindert](#)